



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksversammlung Harburg

Antrag CDU-Fraktion / Fischer-Pinz, Brit-Meike / Schaefer, Michael / Detje, Christin / Bliedernicht, Thore	Drucksachen-Nr.: 22-0772 Datum: 14.06.2025
--	--

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum

Antrag CDU betr. Medizinische Notfallversorgung im Bezirk Harburg - mögliche Auswirkungen der Schließung der Notaufnahme des Krankenhauses Groß-Sand

Sachverhalt:

Das Erzbistum Hamburg hat angekündigt, das Krankenhaus Groß-Sand in Wilhelmsburg zu schließen. Während einzelne Abteilungen mittelfristig ans Marienkrankenhaus verlegt werden sollen, würden andere Bereiche, wie etwa Chirurgie und Notaufnahme, bereits kurzfristig im Juli 2025 geschlossen. Laut Sozialbehörde soll am jetzigen Standort langfristig eine neue Stadtteilklinik entstehen.

Der kurzfristige Wegfall der Notaufnahme des Krankenhauses Groß-Sand bedeutet – nach der 2017 erfolgten Neuaufteilung der Akutversorgung zwischen Helios Mariahilf Klinik und Asklepios Klinikum Harburg - eine weitere Veränderung der medizinischen Notfallversorgung für den Hamburger Süden, die auch Auswirkungen auf die bereits stark geforderten Notfallversorgungskapazitäten im - hinsichtlich der Anwohnerzahlen stetig wachsenden - Bezirk Harburg erwarten lässt.

Petition/Beschlussvorschlag:

Die Bezirksversammlung beschließt:

Der Vorsitzende der Bezirksversammlung wird gebeten, auskunftsfähige Vertreter der Sozialbehörde in den Ausschuss für Soziales, Integration, Gesundheit und Inklusion (SIGI) einzuladen, um - sowohl vor dem Hintergrund wachsender Anwohnerzahlen im Bezirk als auch angesichts der unmittelbar bevorstehenden Schließung der Notaufnahme des Krankenhauses Groß-Sand - über die perspektivische Planung zur medizinischen Notfallversorgung im Hamburger Süden zu berichten.

Dabei soll dargestellt werden, ob, in welcher Weise und in welchem Umfang durch den Wegfall der Notaufnahme im Krankenhaus Groß-Sand kurz- und mittelfristig Auswirkungen auf die Notfallversorgung im Bezirk Harburg erwartet werden und wie diesen begegnet wird.

Auch möge erörtert werden, wie die Notfallversorgungsbedarfe angesichts wachsender Bevölkerungszahlen in Harburg eingeschätzt werden, inwieweit diesbezügliche Kapazitäten perspektivisch ausgebaut werden müssen und welche konkreten Überlegungen bzw. Planungen es hierzu gibt.

Hamburg, am 13.06.2025